

Mittelsächsische

LinksWorte

19. Juni 2008

Nr. 10

2. Jahrgang



Die Kommunalwahlen in Mittelsachsen sind Geschichte.

Der Landrats-Kandidat der LINKEN, Jens Stahlmann, erreichte mit knapp 20 Prozent der Stimmen den zweiten Platz, weit vor Simone Violka von der SPD.

Im Bild die Freiberger Kreisrats-Kandidaten, von denen sieben den Sprung in den neuen Kreistag schafften. Die neue Fraktion der LINKEN ist insgesamt 19 Personen stark.

Die Titelthemen dieser Ausgabe

**Ergebnisse der Kommunalwahlen aus Sicht der LINKEN
Landratskandidat Jens Stahlmann im Gespräch**

**Ist linke Politik auf kommunaler Ebene überhaupt möglich?
Zum Verhältnis von Partei- und Kommunalpolitik**

Die Gesundheitsreform - Schrecken ohne Ende oder Beginn der Stabilisierung unseres Gesundheitssystems?

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & mosaik
- 4 bis 7 mittelsachsen hat gewählt; analyse und ergebnisse der LINKEN
- 8 und 9 zum verhältnis von partei- und linker kommunalpolitik
- 10 die gesundheitsreform und die LINKE im landtag
- 11 jubiläen & aktuelles aus dem regionalvorstand
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der 29. Kalenderwoche 2008. Redaktionsschluss ist Donnerstag, 10. Juli 2008.

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

DIE LINKE
Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle den Standpunkt der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE
Kreisvorstand Mittelsachsen
Postanschrift: 09599 Freiberg, Roter Weg 4 1
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pötzsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantw.)

Satz, Fotos und Layout: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Die „LinksWorte“ werden bereits am Anfang der jeweiligen Erscheinungswoche im Internet veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung im Archiv abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Mittelsachsen hat gewählt! Bei Redaktionsschluss dieser „Mittelsächsischen LinksWorte“ sind die Ergebnisse der Wahlen zum Landrat, dem neuen Kreistag von Mittelsachsen und der Bürgermeisterwahlen in vielen Kommunen noch immer tauf frisch. Es ist deshalb nur logisch, dass diese Ausgabe unserer Zeitung vom Ausgang der Wahlen und dem „Wie geht es nun weiter?“ bestimmt wird. Fakt ist: Der ehemalige Aktivist der Allianz unabhängiger Wähler (AUW), der langjährige Bürgermeister von Lichtenberg, Volker Uhlig, hat das Rennen zum Landrat bereits in der ersten Runde gemacht - wenn es für ihn auch eine Hängepartie mit 50,01 Prozent der Stimmen war. Mit Jens Stahlmann kam der Kandidat der LINKEN mit 19,5 Prozent der Stimmen - übrigens weit vor der SPD-Kandidatin Simone Viola - auf dem zweiten Platz ein. Auch im neuen Kreistag von Mittelsachsen ist DIE LINKE mit einer Fraktion von 19 Kreisräten zweitstärkste Kraft. 18,6 Prozent der Wähler votierten für DIE LINKE. Bei den Kandidaten für das Bürgermeisteramt fuhr Dieter Kunadt aus Leisnig mit über 36 Prozent ein hervorragendes Ergebnis für die LINKE ein.

Die Redaktion wird auf den folgenden Seiten den Ausgang der Kommunalwahlen aus der Sicht der sächsischen LINKEN detailliert analysieren. Außerdem führten die „LinksWorte“ ein ausführliches Gespräch mit dem Landrats-Kandidaten der LINKEN, Jens Stahlmann. Die beiden weiteren Titelthemen sind mit den Fragen: „Was heißt eigentlich linke Kommunalpolitik?“ und „Wie positioniert sich die LINKE zur Gesundheitspolitik der Koalition?“ zu umschreiben. Die wichtigste Frage aber ist die nach dem „Weiter“ im neuen Kreis Mittelsachsen. Sie stellt sich nicht nur aus der Sicht der Kommunalpolitik, sondern auch aus der Sicht der weit über 900 Mitglieder des neuen Kreisverbandes der LINKEN. Der Regionalvorstand hat am Tag nach der Wahl ausführlich und teilweise kontrovers beraten und versucht, den Blick nach vorn zu richten - denn noch muss das Gebilde „Kreisverband der LINKEN in Mittelsachsen“ reifen. Und da war dann noch der 1. Parteitag der neuen LINKEN in Cottbus. In Sachen ist er unter der Anspannung im Wahlkampf fast ein wenig untergegangen. Aber bundesweit ist DIE LINKE im Aufwind und hat vom Cottbuser Parteitag weitere Impulse erhalten.

standpunkt

von unserem Leser
Harry Nestler, Flöha

Fast zwölft Jahre konnte ein ehemaliger Nazi-Richter in der Bundesrepublik an der Spitze eines Bundeslandes - in Baden-Württemberg - stehen und dieses regieren.



Doch im Jahre 1978 holte ihn seine braune Vergangenheit ein und er musste zurücktreten. Untätig blieb er allerdings nicht. Bereits ein Jahr nach seinem erzwungenen Rücktritt gründete er das so genannte „Studienzentrum Weikersheim“. Diese Vereinigung sollte eine „geistig-moralische Wende“ gegen die „Kulturrevolution“ der 60er Jahre in der Bundesrepublik darstellen.

Fast 20 Jahre lang war Hans Filbinger - um ihn handelt es sich nämlich - dann Präsident dieser obstrusen Vereinigung, in der sich Redner und Gäste vom rechten Rand der Gesellschaft profilieren konnten. Am 1. April dieses Jahres verstarb eben dieser Hans Filbinger im Alter von 93 Jahren.

Die Grabrede für Filbinger hielt sein Nachfolger, der neue CDU-Chef von Baden-Württemberg, Günther Oettinger. Gekommen waren annähernd 700 Trauergäste, Anhänger und Gesinnungsfreunde aus der rechten Szene. Die verbalen Entgleisungen, die moralische Reinwaschung eines strammen Nazi-Anhängers - Filbinger war seit 1937 Mitglied der NSDAP - waren keine Zufälligkeiten. Diese Rede war hausgemacht! Sie hätte in dieser Form auch einem Redner während der Nazi-Diktatur zur Ehre gereicht.

So aber ging Oettingers Rede völlig daneben und das zu Recht. Die kritischen Reaktionen aus dem Inn- und Ausland waren nicht zu übersehen, denn zu überhören. Selbst die Chefredakteure hiesiger Tageszeitungen meldeten sich in ihren Kommentaren und Standpunkten sehr kritisch zu Wort. Sehr bemerkenswert! Tatsache ist: Die Reinwaschung eines wahren Nazi-Juristen in einer Grabrede, gehalten von einem Ministerpräsidenten-

„linksaussen auf seite 3“
unsere monatliche kolumne

Die Messen sind gelesen! Der neue Landrat für Mittelsachsen ist gewählt! Der neue Kreistag in seiner Zusammensetzung steht fest! Die meisten der (alten oder neuen) Bürgermeister haben bereits im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit erhalten und werden bald ihr Amt antreten. In der „zweiten Runde“ der Bürgermeisterwahlen am kommenden Sonntag sind Ulrike Bretschneider in Burgstädt und Thomas Mittelstädt in Freiberg für die LINKEN nochmals dabei. Der Wahlkampf ist also - fast - vorbei. Die - mehr oder weniger gelungenen - Plakate werden abgenommen, die Falblätter und Anzeigen in den Zeitungen sind in den meisten Haushalten längst im Altpapier gelandet. Auch DIE LINKE hat mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Mittelsachsen nicht zum Gang ins Wahllokal bewegen können. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen im Jahre 1994 hat sich die Zahl der Nichtwähler mehr als verdoppelt. Die Politik-, Wahl-, und Parteienverdrossenheit greift um sich.

Es ist an der Zeit, den Wahlkampf der LINKEN in Mittelsachsen kritisch zu hinterfragen. Ohne das große Engagement des Landratskandidaten Jens Stahlmann, der Bürgermeister-KandidatInnen und vieler KandidatInnen für den Kreistag schmälern zu wollen, ähnelte die ganze Veranstaltung „Wahlkampf“ doch mehr einer Serie aus Pleiten, Pech und Pannen. Das zog sich durch von der - zunächst kaum wahrgenommenen - Ernennung einer Wahlkampfmanagerin über die fruchtlose Diskussion zum Regionalparteitag in Hoyersdorf bis hin zu heftigen Kontroversen über die inhaltliche Gestaltung des an alle mittelsächsischen Haushalte verteilten Falblattes. Auch die Veröffentlichung des Austritts von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern aus der LINKEN in der Mai-Ausgabe der „LinksWorte“ sorgt manchenorts für Unmut.

Es ist gut, dass der Regionalvorstand sofort nach den Wahlen mit einer kritischen Bestandsaufnahme begann. Dabei zeigte es sich, dass noch sehr viel zu tun bleibt, um die drei ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida zu einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzen. Um die politische Wirksamkeit zu sichern, bleibt dazu nicht viel Zeit - ab 1. August gibt es den Kreis Mittelsachsen - ob man das wahrhaben will oder nicht.

ten, ist ein empörender Angriff auf alle Holocaust - Opfer, die auch Widerstandskämpfer waren.

Mit dieser eklatanten Geschichtsfälschung - welche in dieser Form von Oettinger nicht erstmals zu vernehmen war - bedient er eine rechtsradikale Gesinnung in diesem Lande. Schlimm: Selten ist ein führender deutscher Spitzenpolitiker so tief in den brauen Sumpf hinabgestiegen.

Auch gequälte Entschuldigungen beim Nachfragen sind für einen Ministerpräsidenten in diesem Lande nicht akzeptabel.

Es gäbe nur eine Konsequenz: Günther Oettinger sollte seinen Hut nehmen und ein für alle Mal von der politischen Bildfläche verschwinden.

Information vom 1. Bundesparteitag der LINKEN

(red) Auf unserem Gründungs-Parteitag in Hartha wurde auch Genossin Katrin Schuknecht aus Geringswalde in den Regionalvorstand gewählt. Katrin, 24 Jahre jung, engagiert sich vor allem in der Antifa-Jugend. Auf dem Regionalparteitag in Hoyersdorf erhielt sie das Vertrauen als Delegierte zum 1. Bundesparteitag der LINKEN am 24. und 25. Mai in Cottbus.

Im Internet-Diskussionsforum der mittelsächsischen Linken hat sie sich mit folgenden Informationen zu Wort gemeldet.



Liebe Genossinnen und Genossen, herzlichsten Dank für euer Vertrauen, und das ich so etwas miterleben durfte. Als ich mich zur Wahl als Delegierte

des Parteitages stellte, wollte ich meine Stimme der Jugend und Antifa geben.

Ich habe mein möglichstes getan, dieses Versprechen einzuhalten.

Umso mehr freut es mich in dem neu gewählten Vorstand, junge und engagierte Leute zu sehen.

Im Mittelpunkt fast aller Debatten in Cottbus stand die **Rentenkampagne der LINKEN**. Deren wesentlicher Inhalt lässt sich meines Erachtens in folgenden Stichworten zusammenfassen:

- Stopp der bisherigen Rentenpolitik!
- Rente mit 65 Jahren zurückholen!
- Motto: Gute Arbeit -> Guter Lohn
-> Gute Rente!
- Wer unsere politischen Gegner wählt, kürzt seine Rente!
- Zusätzliche Rente für Niedrig-Renten-Empfänger bedeutet, die Altersarmut zu verhindern
- Rentenversicherung für ALLE
- Rente mit 65 Jahren bedeutet Arbeitsplätze/ Ausbildungsplätze für die Jugend

Fortsetzung auf Seite -12-

Zum Schmunzeln

Es gibt drei Wahrheiten: meine Wahrheit, deine Wahrheit und die Wahrheit.

Chinesisches Sprichwort

Die Kunst, sein Wort zu halten, besteht darin, es selten zu geben.

Willy Reichert

Das Merkwürdigste an der Zukunft ist wohl die Vorstellung, dass man unsere Zeit später die gute alte Zeit nennen wird.

John Steinbeck

Klar nennen wir die Gedanken, die den gleichen Grand von Konfusion haben, wie unsere eigenen.

Marcel Proust

Faulsein heißt, sich auszuruhen, bevor man müde wird.

Jules Renard

Die Kommunalwahlen und die Ergebnisse der mittelsächsischen LINKEN

Bevor wir auf die Ergebnisse im Kreis Mittelsachsen aus der Sicht der LINKEN eingehen, zwei schlimme Zahlen, die für sich sprechen:

1. Die **niedrige Wahlbeteiligung** von gerade einmal 48,1 Prozent, deren Ursache sicher auch in der vermurksten „Kreisreform2 zu suchen ist.
2. Der **Einzug der Neonazis** mit 4,8 Prozent der Stimmen in den neuen Kreistag.

Landratswahlen

Für die LINKE trat Jens Stahlmann aus Hainichen an. Besonders hervorzuheben: Er ist der einzige Nicht-Berufspolitiker in den zehn sächsischen Kreisen, der sich als Linker dem Votum als Landrat stellte.

Jens Stahlmann erreichte mit 19,5 Prozent der gültigen Stimmen hinter dem neuen Landrat Volker Uhlig (CDU) das zweitbeste Ergebnis - weit vor Simone Violka (SPD). Befriedigen kann das Ergebnis dennoch nicht - einige Prozentpunkte mehr wären möglich gewesen. Punkten konnte Jens Stahlmann vor allem in seiner unmittelbaren Heimat. In Hainichen erreichte er 30,0 Prozent und in Frankenberg 29,5 Prozent der gültigen Stimmen. Immerhin lag sein prozentualer Anteil um mehr als einen Prozentpunkt höher als das Ergebnis der LINKEN zur Kreistagswahl.

Bürgermeisterwahlen

Die linken Bürgermeisterkandidaten erreichten folgende Ergebnisse:

- Flöha Volker Holuscha 20,9%
- Freiberg Thomas Mittelstädt 14,7%
- Leisnig Dieter Kunadt 35,8%
- Mittweida Burkhard Hozdeczky 14,2%
- Reinsberg Jan Bruder 17,4%

Kurios die Situation in Burgstädt. Dort stand nur ein Bewerber auf dem Stimmzettel - die Wähler konnten Namen nachtragen. Das machten bei Ulrike Bretschneider von der LINKEN immerhin 16,8 Prozent. Jetzt tritt sie - nunmehr offiziell als Bewerberin der LINKEN registriert, wie auch Thomas Mittelstädt in Freiberg zur zweiten Runde an. Hervorzuheben ist besonders das Ergebnis von Dieter Kunadt in Leisnig. Neben der Wiederwahl von Maria Gangloff zur Bürgermeisterin von Böhlen hat Dieter Kunadt eines der besten Ergebnisse für die LINKE im gesamten Freistaat erreicht. Die Wahl des CDU-Bürgermeisters Tobias Goth bereits im ersten Wahlgang konnte er aber auch nicht verhindern.

Kreistagswahlen

In den neuen Kreistag ziehen 98 Kreisräte ein. Die Sitzverteilung ist folgendermaßen:

- CDU 42 Sitze
- DIE LINKE 19 Sitze
- SPD 13 Sitze
- FDP 9 Sitze
- NPD 4 Sitze
- GRÜNE 2 Sitze
- Allianz unabh. Wähler 6 Sitze
- Andere 3 Sitze

Ihre 19 Sitze erreichte DIE LINKE durch 18,4 Prozent der gültigen Stimmen - ein eher schwaches Ergebnis. Zum Vergleich: zu den Kreistagswahlen 2004 erreichte

genden (zukünftigen) Kreisräten zusammen. Genannt sind die jeweiligen Wahlkreise und die dort erreichten Stimmen.

1DL	Hilker, Heiko	1.529
2DL	Krause, Peter	2.001
3DL	Tur de la Cruz, Elgine Buschmann, Peter	2.539 1.529
1MW	Eckert, Rainer	2.158
	Pötzsch, Harald	1.226
2MW	Schönherr, Gerald	1.377
3MW	Pester, Hans-Dietrich Prof.Dr. Geißler, Mario	1.581 1.240
4MW	Stahlmann, Jens	3.330
5MW	Dr. Bretschneider, Ulrike Steidten, Petra	3.079 1.066



Ein historisches Kleinod von Mittelsachsen - das ehrwürdige Kloster Buch bei Leisnig

die PDS in den drei Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida durchschnittlich 20,3 Prozent der Stimmen. Allerdings folgt das mittelsächsische Wahlergebnis damit einem sachsenweiten Trend. Lediglich im Erzgebirge konnte DIE LINKE ihr Ergebnis von 2004 verbessern.

Durch ein technisches Problem bei der Auswertung der Daten konnte das genaue Ergebnis der Wahlen zum Kreistag Mittelsachsen erst am Dienstag, dem 10. Juni ermittelt werden. Das betraf insbesondere die Bestimmung der Kreisräte, die aus den einzelnen Wahlkreisen in den Kreistag einziehen.

Die Fraktion der LINKEN im neuen Kreistag von Mittelsachsen setzt sich aus fol-

1FG	Mittelstädt, Thomas Dr. Grunke, Achim	2.961 1.220
2FG	Dr. Kretzer, Johannes	2.237
3FG	Scharfenstein, Arndt	1.551
4FG	Jahn, Jens-Eberhard	1.534
5FG	Morgenstern, Marina	1.354
6FG	Jubelt, Gottfried	2.204

Als Kind ist jeder ein Künstler. Die Schwierigkeit liegt darin, als Erwachsener einer zu bleiben.

Pablo Picasso

Die Kommunalwahlen und die Ergebnisse der mittelsächsischen LINKEN

Die „LinksWorte“ im Gespräch mit Jens Stahlmann, Landrats-Kandidat der LINKEN in Mittelsachsen

Der Landrats-Kandidat der LINKEN, Jens Stahlmann aus Hainichen, stellte sich unmittelbar nach den Wahlen den Fragen unseres Redaktions-Mitgliedes Michael Matthes



Das Interview führte unser Redaktionsmitglied Michael Matthes

M.M. – Die Landesvorsitzende DER LINKEN hat vom Aufwärtstrend im Wähleransehen und 30% geschwärmt. Und wir beide haben einen linken Landrat in Mittelsachsen für möglich gehalten. Haben wir die Verbindung zur Realität verloren?

Jens Stahlmann – Nein, ich sage nicht, dass wir die Verbindung zur Realität verloren haben. Man muss immer ein Ziel haben. Wenn ich angetreten wäre und hätte gesagt, ich will nur ein gutes Ergebnis erreichen - und das war´s, dann wäre das nicht mein Wahlkampf gewesen. Denn dort, wo ich antrete, will ich gewinnen. Das ist meine Zielstellung, und die habe ich schon für realistisch gehalten. Inwiefern es die Landesvorsitzende für realistisch gehalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Wobei man den Unterschied zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik sehen muss. In der Landespolitik ist das Ziel anders zu erreichen als in der Kommunalpolitik. Dort werden Personen gewählt.

M.M. – Es sind wieder weniger Wähler zur Wahl gegangen. DIE LINKE hat in Sachsen zwei Prozent verloren. Ist der sächsische Wähler von allen guten Geistern verlassen?

J.St. – Nein, ist er nicht. Es gibt sicher verschiedene Ursachen, die man auch analysieren sollte. Zum einen ist natürlich die Wahlbeteiligung ein entscheidender Fakt. Obwohl ich vermutet habe, dass sie noch niedriger liegen würde. Zum anderen hat der Wähler das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik verloren, nämlich in die Politik der Großen Koalitionen, nicht nur in Berlin sondern auch in Sachsen. Das schlägt auf alle demokratischen Parteien zurück. Das Ergebnis der NPD ist mehr oder weniger ein Ergebnis der Protestwähler. Das betrifft nicht so sehr uns. Mehr die anderen Parteien.

M.M. – Unsere Genossinnen und Genossen von den jungen Landesverbänden in Bremen, Hessen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben aus dem Stand Wahlergebnisse von fünf, sechs und sieben Prozent erreicht. Im Saarland rechnet man mit einem linken Ministerpräsidenten. Der größte Landesverband DERLINKEN verliert dagegen im Ansehen der Bürgerinnen und Bürger. Oder, – wenn man die Wahlbeteiligung in Rechnung stellt – nur jeder zwölfte Sachse wählt DIE LINKE. Fehlt dem sächsischen Landesverband die Sprungkraft?



Der mittelsächsische Landrats-Kandidat Jens Stahlmann aus Hainichen

J.St. – Schwere Frage. Ich meine dazu: Die SPD ist natürlich nicht mehr das, was sie einmal war. Sie ist nicht mehr die soziale Partei, für die sie gehalten wird. Und da-

für ist sie im Westen abgestraft worden. Dazu kommt, dass sich von der SPD im Westen viele abgespalten haben, die zur WASG gewechselt sind. Und der WASG-Anteil bei den westlichen Linken ist ein ganz anderer als in Ostdeutschland. Dieser Zusammenschluss hat im Westen zu diesen Wahlergebnissen geführt, während im Osten ja die PDS oder DIE LINKE ganz andere Voraussetzungen in den letzten Jahren hatte. DIE LINKE hat hier Wahlergebnisse erreicht, die ihr teilweise zu Kopf gestiegen sind. Und das muss sich erst wieder ein bisschen einpendeln. Und die andere Frage ist auch: Man muss Personen dazu haben. Und da denke ich, mangelt es bei DEN LINKEN. Man muss Personen aufbieten können, die nicht nur bekannt sind, sondern die auch das Charisma eines erfolgversprechenden Landespolitikers haben.

M.M. – Veranschauliche uns doch mal, wie die politischen Zustände im Landesverband Deine Kandidatur beeinflusst haben! Und sicher muss man in die Einschätzung auch die Verhältnisse im eigenen Regionalvorstand, der kein Kreisvorstand sein will, einbeziehen. Ich erinnere mich an eMails von Dir mit – Zitat – „Ich habe die Schn . . . voll. Ich werde von einigen in der Partei

blockiert.“ und weiter „Mir reicht´s!!!! Es kann nicht sein, dass der Kandidat schon parteiintern zwischen allen Stühlen sitzt.“

Die Kommunalwahlen und die Ergebnisse der mittelsächsischen LINKEN

J.St.- Davon könnte man ein Lied singen. Aber ich denke, dass das interne Angelegenheiten sind, die zwischen einzelnen Genossen im Kreisvorstand und mit dem Landesgeschäftsführer zu klären sind.. Und wir sollten die Genossinnen und Genossen, die draußen Wahlkampf für mich oder für DIE LINKE gemacht haben, vor Ort Plakate aufgehängt haben, Flyer verteilt haben, wie auch immer, nicht mit solchen Dingen konfrontieren. Aber es gab diese ärgerlichen Zwischenfälle. Das muss ausgeräumt werden.

reagieren. Ich habe den Flyer in Hainichen und auch in Frankenberg zurückgezogen. Und nicht weil der Flyer schlecht war oder die angeführten Gründe gegen den Flyer stichhaltig waren, sondern weil dort eine Situation herbeigeführt worden war, in der ich nicht nur Schaden von mir, sondern auch von der Partei abwenden musste. Das hätte uns im Wahlkampf nicht gut angestanden.

M.M. – *Du warst einer von wohl zwei Landratskandidaten DERLINKEN, die nicht aus*



Die Türme von Frankenberg, der größten Stadt im ehemaligen Landkreis Mittweida

M.M. – *In dem Wahlkreis, in dem Du wohnst und in dem Du auch für den Kreistag kandidierst, hat eine Genossin, die Mitglied des Landesvorstandes ist, der Partei mit einer vom Gericht erwirkten sogenannten Einstweiligen Verfügung auf Unterlassung und damit mit einem Bußgeld von 250.000 EUR gedroht, wenn Dein Faltblatt mit Deiner Wahlwerbung verteilt wird. Der Regionalvorstand hat sich erpressen lassen. Eine Anmaßung und ein Skandal – oder nicht?*

J.St. – Wir konfrontieren die Genossen mit Sachen, die sie nicht kennen. Es sind nur wenige, die die betreffenden eMails bekommen haben, und die damit auch Aussagen treffen können, wie das abgelaufen ist und was der Grund dessen gewesen ist. Wir sollten das intern klären.

M.M. – *Und wird denn diese interne Klärung auch herbeigeführt oder wird es unter den Tisch gekehrt?*

J.St. – Also, wie gesagt, angesprochen wird die interne Klärung auf jeden Fall. Während der Wahlzeit musste ich darauf

dem „Parteiapparat“ stammten. Ich habe Dich in Wahlveranstaltungen als souveränen Kandidaten erlebt. Diese Meinung wird allgemein geteilt. Ebenso unbestritten ist die Tatsache, dass sich die Genossinnen und Genossen in den Ortsverbänden und Basisgruppen ein Bein herausgerissen haben, um DERLINKEN und Dir zu einem hervorragenden Wahlergebnis zu verhelfen. Der Wähler hat uns die Rote Karte gezeigt. Ist der Wähler schuld?

J.St. – Der Wähler ist nicht schuld. Ich würde das auch nicht als Rote Karte bezeichnen, weil ich als Schiedsrichter weiß, was eine Rote Karte ist. Rote Karte heißt: Ausschluss und nicht wieder antreten dürfen. Also Rote Karte wäre eindeutig zu hart. Ich würde es nach den guten Wahlergebnissen der letzten Jahre mehr als eine Ermahnung sehen, - eine Ermahnung an uns, wieder realistischer zu sein, auch in der großen Politik realistischer zu sein, und auch wieder aggressiver und angriffslustiger zu sein. Denn Fakt ist ja eines: Das Wahlergebnis des Landkreises Mittweida, war ja relativ gut. Das kann man

auch aus dem Fakt schließen, dass acht der neunzehn Abgeordneten aus Mittweida kommen. Wir haben ab 1994 (Seit dieser Zeit bin ich dabei.) im Kreistag immer eine Politik gemacht, die Kontra zur CDU in vielen Sachfragen stand, ohne dabei unter die Gürtellinie zu gehen. Und das ist wichtig und das honoriert der Wähler. Der Wähler bestimmt dann auch: „Also diese Linke will ich mit diesen Personen wieder im Kreistag drin haben.“

Aber in diesem Zusammenhang und weil es auch an der Zeit ist, will ich all denen danken, die wirklich für DIE LINKE in den letzten Wochen und Monaten ganz akribisch gearbeitet haben, die Wahlplakate aufgehängt haben, die Flyer ausgeteilt haben und die an den Info-Ständen gestanden haben. Also ein herzliches Dankeschön von meiner Seite und auch an die, die im Wahlkampfteam intensiv mitgearbeitet haben, und die an die Sache geglaubt haben. Wir haben 19,5%, sind mit Abstand zweitstärkste Partei im Kreistag. Das bedeutet, dass uns der Wähler einen Auftrag erteilt hat, mit neunzehn Abgeordneten im kommenden Kreistag eine Politik zu gestalten, die links ist. Und daran werden wir zunächst mal gemessen werden.

M.M. – *Teilst Du die Meinung, dass in unserem Kreisverband überall Genossinnen und Genossen zu finden sind, die mit Herz und Verstand für unsere Sache eintreten. Wo sind Deiner Meinung nach die Ursachen, dass wir im neuen Kreisverband trotzdem nicht so recht zum gemeinsamen Ziehen an einem Strang kommen?*

J.St. – Also, die Genossinnen und Genossen der Basis und die Sympathisanten DERLINKEN machen eine ausgesprochen gute Arbeit, die es gar nicht oft genug zu würdigen gilt. Wir dürfen aber nicht vergessen, der Landkreis Mittelsachsen ist noch ziemlich jung, ja eigentlich gibt es den noch gar nicht. Wir haben aber schon mit der Gründung des Regionalvorstandes versucht vorzugreifen und den Landkreis zusammenzuführen. Da gibt es natürlich viele Befindlichkeiten. Es prallen in gewissem Sinne drei Welten aufeinander. Und das ist natürlich nicht ohne Auswirkungen. Der Regionalvorstand muss endlich aktiv werden. Er muss im Prinzip deutliche Zeichen an die Basis senden: Das sind unsere Vorstellungen. So geht's weiter. Und so ist die Aufgabenverteilung, z.B. die Gewinnung von jungen Leuten und die Gewinnung von Leuten, die in den kommenden Jahren in den Wahlkampf gehen. Und es ist das Wichtigste, dass er

Die Kommunalwahlen und die Ergebnisse der mittelsächsischen LINKEN

hier so schnell wie möglich Akzente setzt: Hallo, wir sind da. Wir geben die Linie vor. Wir haben ein Wahlprogramm. An dies haben wir uns als Kommunalpolitiker zu halten. Und so geht 's los!

M.M. – *Das Jahr 2009 mit den Landtags-, Bundestags-, Europa- und Gemeindewahl ist bereits in Sichtweite. Wir haben eben die Generalprobe erlebt. Auf den Theateraberglauben „Geht die Generalprobe schief, klappt die Premiere“ sollte man sich nicht verlassen – oder?*

J.St. – Auf den Spruch sollte man sich auf keinen Fall verlassen. Nur mal ein kleiner Blick zurück. Ich hatte in Veranstaltungen mit der Landtagsfraktion 2007 bereits auf die Generalprobe hingewiesen, als schon alle im Land davon gesprochen haben, 2009 übernehmen wir die Regierung und wir stellen den Ministerpräsidenten. Da haben wir in Mittweida, ich besonders, darauf aufmerksam gemacht, wir haben zuvor eine

der falsche Ansatz. Man sollte sich eindeutig auf den Wahlkampf konzentrieren. Man sollte Positionen beziehen. Man sollte auch mit den Vertretern vor Ort die Kommunalwahlen auswerten. Erst dann später sollte man über die Personalien geredet werden, denn die sind erst mal nicht kriegsentscheidend für eine Landtagswahl. Die Frage ist dann, und die stelle ich mir immer wieder, sind wir überhaupt im Kopf schon darauf vorbereitet, dass wir in Sachsen die Regierung übernehmen und den Ministerpräsidenten stellen können. Denn dann sind wir nicht mehr in der Opposition, dann sind wir in der Regierungsverantwortung. Und dann werden wir ganz anders gemessen.

Ein anderer Gesichtspunkt ist die Tatsache, dass alle Landräte oder fast alle Landräte von der CDU gestellt werden und in den Kreistagen CDU-Mehrheiten sitzen. Und dann kommt der Ministerpräsident von den Linken. Dann ist doch zu erwarten, dass die CDU-Landräte DIE LINKEN in den Kommunalparlamenten ausspielen werden. Und das ist

Zu den Bürgermeisterwahlen in Flöha

von Volker Holuscha
Bürgermeister-Kandidat der LINKEN

Ich möchte mich bei allen Genossinnen und Genossen der Ortsgruppe Flöha/Oederan, der „WahlWerkstatt“, sowie allen Sympathisanten und Freunden recht herzlich für ihre engagierte Unterstützung meines Wahlkampfes zur Bürgermeisterwahl in Flöha bedanken. Ein ganz besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Stadtratsfraktion und des Ortsvorstandes.

Ihr alle habt inhaltlich und organisatorisch mit wesentlich mit dazu beigetragen, dass das Bürgervotum zu meiner Kandidatur mit über 20 % für Flöha so deutlich und überzeugend ausfiel!

Das Gesamtergebnis dieser Bürgermeisterwahl hat jedoch erneut bewiesen, dass politische Veränderungen nur durch eine breite Wahlbeteiligung zu erreichen sind.

Das Hauptziel dieser Wahl, der Einzug eines linken Bürgermeisters in das Rathaus von Flöha und eine breite Wahlbeteiligung wurden nicht erreicht. Dies gilt es für die bevorstehenden Bundes- und Landtagswahlen zu analysieren.

Zu denken gibt mir insbesondere die Unterstützung des Wahlkampfes durch den Regional- und Landesvorstand vor und nach den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen.

War der persönliche Kontakt zu meiner Kandidatur durch die Genossen des Ortsvorstandes regelmäßig und konstruktiv, so liefen die Kontakte mit den Mitgliedern unserer Partei auf Kreis- wie Landesebene auf Null.

Ich werte meine Kandidatur nicht als den „Nabel der Welt“.

Wenn aber Repräsentanten des Kreis- und des Landesvorstand, sowie die Landtagsabgeordnete unseres Wahlkreises, weder im Wahlkampf noch nach der Wahl, eine persönliche Reaktion auf die Kandidatur eines LINKSPARTEI-Mitgliedes für nötig halten, werte ich das als eine Geringschätzung meine Kandidatur und der Arbeit aller Parteimitglieder vor Ort. Das hat nicht nur bei mir sondern auch unter der Bevölkerung Verwunderung und Unverständnis hervorgerufen.

Wenn also zu den nächsten Europa-, Bundes- und Landtagswahlen unsere Partei ein erfolgversprechendes Wahlergebnis erreichen will, muss der Wahlkampf langfristiger, koordinierter und auf breiter Basis geführt werden.



Der Bürgermeister-Kandidat der LINKEN in Flöha, Volker Holuscha (Bildmitte), im Gespräch mit dem Chef des Ortsverbandes Hans-Jürgen Kühn (im Bild links), gleichzeitig Stadtrat und Stadtrat Dieter Grunert

Kommunalwahl und die wird kriegsentscheidend. Und wenn wir dort negativ rausgehen, dann hat das Auswirkungen auf den Landtagswahlkampf 2009. Es ist, Gott sei Dank, in Dresden noch die Kurve gekriegt worden – wenn auch nicht von allen, aber von großen Teilen, um den Fokus auf die Kommunalwahlen in diesem Jahr zu richten.

Was mich aber viel mehr bewegt, ist, dass wir im Jahr 2009 ein so gutes Ergebnis erreichen, dass wir in Sachsen an die Regierung kommen. Wenn man sich bereits jetzt damit beschäftigt, wer dann im Kabinett sitzen wird, dann ist das meiner Meinung nach

das, was ich am Beginn der Antwort auf die Frage meinte, wir brauchen eigentlich erst mal ein Fundament. Wir brauchen die eine oder andere Person oder den Joker in der Hinterhand, um dann darauf auch die große Politik aufbauen zu können. Ich glaube nicht, dass wir die Personen schon haben.

M.M. – *Dank für das Gespräch und für die Geduld mit dem geschulten, aber noch ungeübten Roten Reporter. Und besten Dank auch für Deine Sicht der Dinge, die uns allen am Herzen liegen sollten.*

Zum Verhältnis von Partei- und Kommunalpolitik

von Achim Grunke
Vorsitzender des Regionalverbandes
Mittelsachsen

Auf den ersten Augenblick scheint die Frage, ist linke Politik auf kommunaler Ebene realisierbar, trivial zu sein. Doch gerade nach den Wahlen zum neuen Kreistag ist



Mit Klasse Ergebnis zur Bürgermeister-Wahl in Leisnig - Dieter Kunadt

es durchaus angebracht, wieder mal über das kommunalpolitische Selbstverständnis der LINKEN nachzudenken.

Immer wieder entzünden sich hierzu kontroverse Debatten. Mitunter sieht es so aus, als stünden sich „Ideologen“ und „Pragmatiker“ unversöhnlich gegenüber. Offensichtlich entzünden sich diese Debatten an den Besonderheiten der kommunalpolitischen Ebene, die sich in manchen Punkten tatsächlich von der landes- und bundespolitischen Ebene unterscheidet.

Da es in der Kommunalpolitik hauptsächlich um die Lösung raum-, projekt- und einzelfallbezogener Probleme geht, weniger um politische Grundentscheidungen und allgemeine Normensetzungen (die fallen auf Landes- und Bundesebene), wird sie zuweilen als „unpolitisch“ und als weniger parteipolitisch ausgerichtet angesehen. Und so geschieht ganz zwangsläufig, dass in den kommunalen Gremien

häufig parteiübergreifende, einvernehmliche Entscheidungen getroffen werden. Das dürfte im Regelfall für über 90% aller Verwaltungsvorlagen in einem Stadtrat oder Kreistag zutreffen.

Sind deshalb aber alle kommunalen Einzelfallentscheidungen gänzlich unpolitischer Natur?

Die Entscheidung z.B. darüber, ob und wo eine Brücke gebaut werden soll, setzt ganz sicher Sachkenntnis, aber auch politischen Willen voraus. Die Entscheidung darüber, ob und wie eine kommunale Einrichtung privatisiert werden soll, ist alles andere als eine reine Fachentscheidung, sondern vor allem eine politische Entscheidung.

Grundlegende Entscheidungen in der kommunalen Selbstverwaltung wie z. B. der Haushaltsplan oder Satzungen mit finanziellen Belastungen für die Einwohner sind nicht entweder Sach- oder politische Entscheidungen, sie sind immer Sachentscheidungen und politische Entscheidungen.

Das Politische im kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß besteht im Auswählen zwischen verschiedenen Handlungsalternativen; besteht in der Entscheidung darüber, in welche Richtung die materiellen und finanziellen Ressourcen in welcher Rangfolge gelenkt werden sollen. Aber: staatliche Eingriffe in die Kommunalpolitik durch Kommunalaufsicht, Finanzausgleichsgesetz, Fördermittepolitik, Leistungsgesetze usw. sowie eine prekäre Finanzlage von Kommunen

engen den Spielraum für Handlungsalternativen massiv ein und befördern dann „Wir sitzen alle in einem Boot“ - Mentalitäten.

Kommunalpolitik findet im Unterschied zu Landes- und Bundespolitik im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung statt. Das Wesen kommunaler Selbstverwaltung besteht im ehrenamtlichen Wirken von Bürgerinnen und Bürger in der kommunalen Vertretungskörperschaft. Sinn der kommunalen Selbstverwaltung ist es, der Übermacht der Verwaltungsbürokratie entgegenzuwirken und die Entfremdung zwischen Verwaltung und Bürger durch ihre Beteiligung an der Verwaltung zurückzudrängen. Die Vertretungskörperschaften, also Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte sind in diesem Verständnis das Hauptorgan der Selbstverwaltung und somit auch Teil der Verwaltung. Insofern sind sie auch keine echten Parlamente.

Die idealtypischen Verhältnisse von Landtag und Bundestag, wo Regierungsfraktionen und Oppositionsfraktionen bestehen, lassen sich auf die kommunale Ebene nur sehr eingeschränkt übertragen. Wer bitte ist im Chemnitzer Stadtrat die „Opposition“, wenn die LINKE in der Verwaltungsspitze zwei Dezernenten stellt und wenn die Wahl der Dezernenten wie anderswo auch parteiübergreifend erfolgt? Wer wann in einer kommunalen Vertretungskörperschaft die „Opposition“ darstellt, dürfte immer von der konkreten Situation abhängen.



In Mittweida und darüber hinaus ein museales Kleinod - das städtische Museum „Alte Pfarrhäuser“ im Herzen der Stadt

Ist Linke Politik auf kommunaler Ebene möglich?

Mitunter wird jedoch die vereinfachende und verklärende Auffassung vertreten, kommunale Selbstverwaltung sei einem „ideellen Gesamtwillen“ der gesamten Gemeindebürgerschaft verpflichtet. Deshalb sei Kommunalpolitik nicht so sehr durch Austragung von Interessenkonflikten, sondern durch Konsens geprägt. Die Wahr-

Linke Kommunalpolitik, die sich von unseren programmatisch fixierten Wertvorstellungen leiten lässt, kann zumindest an drei Kennzeichen festgemacht werden: Erstens durch ein grundsätzlich anderes, progressives Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern. Für uns sind die Bürgerinnen und Bürger

trotz vorhandener Konsolidierungszwänge nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen, ist dies eine höchst anspruchsvolle Aufgabe.

Hinweis: Dieser Beitrag fußt auf einem Artikel, den der Autor zu einem früheren Zeitpunkt gemeinsam mit MdL Michael Friedrich für die Zeitschrift DISPUT verfasst hat.



Sie treten zur zweiten Runde der Bürgermeisterwahlen in ihren Heimatstädten noch einmal an - die beiden neu gewählten Kreisräte Dr. Ulrike Bretschneider (auf dem linken Bild im angeregten Gespräch mit Jens Stahlmann, ebenfalls als Kreisrat bestätigt) in Burgstädt und Rechtsanwalt Thomas Mittelstädt (rechts während des Wahlkampfes am 1. Mai) in Freiberg.

nehmung und Durchsetzung der Gemeindegemeinereisen verlange deshalb, Parteipolitik zurückzustellen. „Bürgerinteressen gehen vor Parteiinteressen“, „Kommunalpolitiker sind den Bürgern der Gemeinde verpflichtet“ sind gängige Aussagen, die in der öffentlichen Meinung allgemeine Zustimmung erfahren.

Gibt es aber in der Realität die Bürgerinteressen oder gar den Gesamtwillen der Bürgerschaft in der Kommune? Sicher gibt es auch übergeordnete Gemeindegemeinereisen, aber eben nicht ausschließlich. Die Gemeinde-Wirklichkeit zeigt doch vielmehr eine beeindruckende Interessenvielfalt innerhalb der Bürgerschaft. Unterschiedliche, ja sogar gegensätzliche Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune resultieren aus ihren unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, wohnörtlichen und anderen Lebenssituationen. Die Kommune ist deshalb eben gerade kein konfliktfreier Raum. Unterschiedliche und gegensätzliche Interessen der Bürgerinnen und Bürger werden von den Parteien aufgenommen und im politischen Wettbewerb nach demokratischen Regeln ausge-

nicht Adressat eines „Verwaltungsaktes“, sondern immer und zuerst Partner der Verwaltung. Auf diese neue Verwaltungskultur müssen sich übrigens nicht nur die Verwaltungen selbst, sondern auch die Vertretungskörperschaften in ihrer Arbeit einstellen.

Zweitens gehört es zu unserem Grundverständnis, angebliche oder tatsächliche „Sachzwänge“ stets kritisch zu hinterfragen und für mehr Transparenz und Beteiligung, ja für die Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalpolitik zu streiten. Daher sind für uns das „gläserne Rathaus“ und die „Bürgerkommune“ keine leeren Worthülsen, sondern reale Zielvorstellungen, die immer wieder mit Leben erfüllt werden müssen, so z. B. durch die Aufstellung von Bürgerhaushalten oder durch Bürgerentscheide.

Drittens gehört natürlich zu unserem linken Politikverständnis, glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in den Kommunen zu streiten. Da die Chancen und Risiken der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Kommunen höchst ungleich verteilt sind und die Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen



Rathaus-Uhr und Meißner Glockenspiel im Freiburger Rathaus - was schlagen oder spielen sie für die mittelsächsischen LINKEN?

Die Gesundheitsreform - ein Schrecken ohne Ende?

Situation

Die Weichen für eine grundlegende Privatisierung des deutschen Gesundheitswesens sind mit der so genannten „Gesundheitsreform“ gestellt. Obwohl wesentliche Elemente der Reform erst im Jahre 2009 in Kraft treten, befinden wir uns schon mittendrin.

Die aktuelle Situation ist alarmierend. Arme Menschen sterben in diesem Lande



im Durchschnitt fünf Jahre früher. Nervenleiden und Herz-Kreislauf-Erkrankungen nehmen besorgniserregend zu. Die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ruft ernsthafte Bedenken hervor. Übergewicht ist zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Hauptproblem aber ist eine markante Zunahme chronischer Erkrankungen und der so genannten Volkskrankheiten, besonders des Bewegungs- und Stützapparates. All diese Probleme sollen mit der Gesundheitsreform gelöst werden.

Gesundheitsreform

Das zentrale Element der Gesundheitsreform ist der **Gesundheitsfonds**. Er regelt den Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen. Dazu wird ab 01. November für alle Krankenkassen ein einheitlicher Beitragssatz festgelegt. Die Folge könnte eine drohende Unterfinanzierung und das endgültige Aus für die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein, da fehlende Mittel durch die Kassen über Sonderbeiträge - die **Kopfpauschalen** - bei den Versicherten einkassiert werden. Verlierer werden jene Kassen sein, die vor allem viele alte und kranke Menschen zu versorgen haben.

Die gesetzlichen Krankenversicherungen müssen nach **privatwirtschaftlichen Prinzipien** arbeiten, wenn sie nicht auf der Strecke bleiben wollen. Das bedeutet Kostenerstattungen für junge und gesunde Menschen. Die Zeche zahlen Alte und Kranke. Die weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft dürfte die Folge sein. Bereits in diesem Jahr werden die **Zuzahlungsregelungen** überprüft. Das bedeutet für all jene, die nicht an Vorsorgemaß-

nahmen teilnehmen, eine Zuzahlung von zwei Prozent ihres Einkommens. Aber auch die präventiven Angebote kosten Geld.

Ab 2009 wird es einen Krankenversicherungsschutz für alle geben. Damit kommen auch jene rund 300.000 Menschen, die gegenwärtig ohne Versicherungsschutz dastehen, unter den Schirm einer Krankenversicherung. Sie erhalten einen Basistarif, der sich für Bedürftige auf die Hälfte reduziert. Was aber wird mit den völlig Mittellosen? Denn als erster Schritt müssen rückwirkend die ausstehenden Beiträge ab 1. Juli 2007 gezahlt werden.

Ärztlemangel

Nach neuesten Untersuchungen fehlen in Sachsen im ambulanten Bereich rund 500 Ärzte; weitere 200 in sächsischen Krankenhäusern kommen hinzu. Bereits vor zehn Jahren war absehbar, dass Sachsen auf eine reale medizinische Unterversorgung zusteuert. Diesbezügliche Hinweise der Landtagsfraktion der PDS wurden als Schwarzmalerei hingestellt. Wenn in den nächsten Jahren nicht energisch gegengesteuert wird, verschärft sich der Ärztemangel dramatisch. Gegenwärtig ist ein

quent umgesetzt werden sollten: Dazu gehören:

- die weitere zielgerichtete Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (Polikliniken), anstatt die Entwicklung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung dem Selbstlauf zu überlassen
- der Einsatz finanzieller Mittel für die Ansiedlung junger Ärzte in den unterversorgten Regionen, zu denen Mittelsachsen gehört
- der flächendeckende Einsatz von „Gemeineschwester Agnes“
- die Entlastung der Ärzte vom überdimensionierten Abrechnungs- und Berichtswesen
- die Angleichung der Honorare für Ärzte und Pflegekräfte an das westdeutsche Niveau, um die weitere Abwanderung junger Ärzte zu verhindern
- die Stärkung der Krankenhäuser der öffentlichen Hand, anstatt deren Verkauf zu forcieren
- Verhinderung des Einsatzes der Absolventen sächsischer medizinischer Fakultäten für nichtärztliche Tätigkeiten.



Fotos (2): Pixelio

Drittel der sächsischen Ärzte älter als 60 Jahre. Wenn diese in den Ruhestand gehen, werden junge Mediziner fehlen, die deren Platz einnehmen.

Vorschläge der LINKEN

Auch wir haben kein Patentrezept und können der Bevölkerung nicht versprechen, den Ärztemangel in wenigen Jahren überwinden zu können. Aber es gibt konkrete Vorschläge der LINKEN, die konse-

Kampagne der LINKEN

Um die konkrete regionale Situation bei Haus- und Fachärzten widerzuspiegeln, hat die Landtagsfraktion der LINKEN eine Kampagne unter dem Titel

„Mehr Ärzte für Sachsen“

gestartet. Zentrales Element ist eine Fragebogenaktion zur realen Lage bei der ärztlichen Versorgung in den Kreisen.

Regionalvorstand aktuell

Der Regionalvorstand traf sich am Montag, dem 9. Juni, zu seiner turnusmäßigen Beratung. Im folgenden informieren wir über die Schwerpunkte:

1. Die anwesenden Delegierten zum ersten Bundesparteitag der LINKEN in Cottbus berichteten über ihre Eindrücke und Wertungen des Parteitags. (siehe dazu auch unseren Beitrag auf Seite -3- dieser Ausgabe)
2. Der Regionalvorstand nahm eine Zwischen-Information zur Finanzierung des Wahlkampfes entgegen. Auf der Beratung im Juli legt der Schatzmeister einen Detailbericht über die Ausgaben und die Spendeneinnahmen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf vor. Vor allem wegen der erheblichen Zusatzkosten durch die Zustellung der Faltblätter in alle Haushalte wurden die kalkulierten Mittel für den Wahlkampf in Höhe von 10.500 Euro (Saldo aus Ausgaben und Spenden) überschritten.
3. Der Regionalvorstand nahm eine detailliert Einschätzung der Wahlergebnisse vor. Dazu standen ausführliche statistische Informationen zur Verfügung. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt die personelle Zusammensetzung des neuen Kreistages und der Fraktion der LINKEN noch nicht klar. Wichtige Wahlergebnisse aus der Sicht der LINKEN sind in dieser Ausgabe dargestellt. Der Regionalvorstand bedankte sich bei Jens Stahlmann, den Bürgermeisterkandidaten und den KandidatInnen für den Kreistag für ihren engagierten Wahlkampf.
4. Es wurde eine kritische Auswertung der Führung des Wahlkampfes vorgenommen. Dieser wurde als insgesamt nicht überzeugend und nicht straff genug geführt eingeschätzt. Es gab Vorwürfe, dass der Wahlkampf noch zu sehr in den Grenzen der bisherigen Kreisverbände stattfand und besonders der Landratskandidat Jens Stahlmann außerhalb seines eigenen Wahlkreises zu wenig Unterstützung erhielt. Zudem gab es erhebliche Auseinandersetzungen zu Inhalt und Form des Wahlkampf-Flyers, der über den Vertrieb in alle Haushalte Mittelsachsens kommen sollte. Das führte letztlich dazu, dass der Flyer in einem kompletten Wahlkreis nicht verteilt wurde. Auch die „LinksWorte“ wurden wegen der das Bild der Partei in der Öffentlichkeit schädigen Veröffentlichung eines Standpunktes zum Parteiaustritt

Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!



In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert :

nachträglich im Monat Juni bei:

Erich Groth	geb. am	08.06. 1920	in	Waldheim
Ilse Möbius	geb. am	28.06. 1918	in	Roßwein

und im Monat Juli bei:

Rolf Wöllner	geb. am	01.07. 1927	in	Lunzenau
Gotthard Ruscher	geb. am	02.07. 1921	in	Bobritzsch
Erich Leiteritz	geb. am	03.07. 1929	in	Rechenberg-Bienenm.
Herta Zimmermann	geb. am	04.07. 1922	in	Leisnig
Käthe Dworschak	geb. am	04.07. 1920	in	Leisnig
Lothar Anke	geb. am	06.07. 1923	in	Augustusburg
Gerhard Gugisch	geb. am	07.07. 1933	in	Waldheim
Margarete Rödiger	geb. am	10.07. 1943	in	Waldheim
Edith Gräber	geb. am	10.07. 1923	in	Waldheim
Reinhard Kluge	geb. am	11.07. 1933	in	Rechenberg-Bienenm.
Günter Wunderlich	geb. am	11.07. 1924	in	Mittweida
Werner Kunert	geb. am	12.07. 1925	in	Waldheim
Manfred Fritzsche	geb. am	13.07. 1930	in	Freiberg
Gertrud Reiher	geb. am	15.07. 1926	in	Lunzenau
Berti Reiche	geb. am	16.07. 1925	in	Rochlitz
Gerhard Mark	geb. am	19.07. 1924	in	Halsbrücke
Kurt Märtig	geb. am	19.07. 1925	in	Lunzenau
Egon Platzer	geb. am	20.07. 1927	in	Bobritzsch
Irmgard Götzelt	geb. am	22.07. 1926	in	Eppendorf
Margarete Eichler	geb. am	23.07. 1929	in	Mittweida
Armin Krumbiegel	geb. am	24.07. 1933	in	Döbeln
Fritz Burkhardt	geb. am	24.07. 1922	in	Döbeln
Rudolf Kunadt	geb. am	25.07. 1926	in	Leisnig
Annelies Anker	geb. am	25.07. 1932	in	Mittweida
Fritz Lindner	geb. am	26.07. 1926	in	Roßwein
Roland Haubold	geb. am	26.07. 1920	in	Frankenberg
Harry Anke	geb. am	28.07. 1928	in	Niederwiesa
Gerhard Boehnke	geb. am	29.07. 1922	in	Freiberg
Heinz Kleinstück	geb. am	29.07. 1921	in	Flöha
Annelies Platzer	geb. am	29.07. 1928	in	Bobritzsch
Rolf Bobe	geb. am	30.07. 1924	in	Roßwein
Jürgen Fischer	geb. am	30.07. 1943	in	Burgstädt

von Vorstandsmitgliedern bzw. eines Einwurfs des Fraktionsvorsitzenden im Freiburger Kreistag nicht überall im Wahlkampf eingesetzt.

5. Der Regionalvorstand beschäftigte sich mit einer kritischen Bestandsaufnahme seiner bisherigen Arbeit. Dazu gab es viele kritische und auch selbstkritische Stimmen. Bemängelt wurde besonders die ungenügende Abstimmung der Verantwortungsbereiche der einzelnen Vorstandsmitglieder. Renate Weinbrecht aus Frankenberg erklärte

ihren Austritt aus der LINKEN. Damit sind inzwischen drei Personen aus dem Vorstand ausgeschieden, darunter zwei, die aus der vormaligen WASG zur LINKEN gekommen sind. In diesem Zusammenhang wurde die Alternativ-Frage ins Spiel gebracht: Soll im Herbst auf einem Parteitag ein neuer Vorstand gewählt werden oder sollen nur Nachwahlen für vakante Posten stattfinden? Diese Frage soll entsprechend eines Vorstandsbeschlusses in den Ortsverbänden diskutiert werden.

Wichtige Termine

Juni 2008

25. Juni Landes-Seniorenkonferenz der LINKEN in Chemnitz

Juli 2008

07. Juli Beratung des Regionalvorstandes der LINKEN in Döbeln (öffentlich)

12. Juli Auftaktveranstaltung zur Rentenkampagne der LINKEN im Landesverband Sachsen in Dresden

August 2008

04. August Beratung des Regionalvorstandes der LINKEN in Mittweida (öffentlich)

DIE LINKE in Mittelsachsen und die modernen Medien

Mit dem neuen Kreis Mittelsachsen und seinen im Vergleich zu den Altkreisen wesentlich größeren Dimensionen ergeben sich auch neue Anforderungen an die Kommunikation im neuen Kreisverband der LINKEN. Die „LinksWorte“ informieren an dieser Stelle über die drei wichtigsten Medien für die Kommunikation und Information im Kreisverband Mittelsachsen der Partei DIE LINKE.

1. Die Webseite

Die Webseite des Kreisverbandes ist über das Portal des Landesverbandes der LINKEN zu erreichen. Die Einwahl erfolgt über:

www.dielinke-in-sachsen.de

Über die Button „Partei“ und „DIE LINKE vor Ort“ erreicht man direkt die aktuelle Seite des neuen Kreisverbandes (übrigens auch mit einem Link zur Internet-Version der „LinksWorte“)

2. Das Diskussionsforum

Bis zum Redaktionsschluss unserer Ausgabe machen 12 Teilnehmer im Diskussionsforum mit. Um das Angebot nutzen zu können, muss man sich freischalten lassen. Das Diskussionsforum ist eingerich-

tet als so genannte „Yahoo-Group“. Die erste Einwahl ins Forum sollte über die Adresse:

<http://de.groups.yahoo.com/group/rvs-ms/>

erfolgen. Man kann dann alle Informationen der anderen Forums-Mitglieder lesen und sich mit eigenen Beiträgen an der Diskussion beteiligen.

Die „LinksWorte“

Die „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheinen parallel zur zweifarbigen Druckausgabe als farbige Internetausgabe. Sie können unter der Adresse:

www.linksworte.de

aufgerufen werden. Dort ist auch ein Download-Archiv eingerichtet.

Fortsetzung von Seite -3-

Aus meiner Sicht weitere wichtige Schwerpunkte des Parteitages:

- Armutsbericht 2008 -> Armutszeugnis für Deutschland (2,5 Millionen Kinder in Armut)
- Abrüstung -> von deutschem Boden nie wieder Krieg
- Sozialabbau -> Lohndumping

- Hartz IV MUSS WEG!!!

- Mindestlöhne -> 8,00 EUR für ALLE (Lohnquotenabfall: 2000: 72% -> 2008: 64%)

- Kinderbetreuung-> Kindereinrichtungen incl. Mahlzeit kostenfrei

Desweiteren möchte ich allen LINKEN Kandidaten der Wahlen in unserem Kreis recht herzlich zu Ihren Erfolgen gratulieren.

Was ist Haltung ?

Aufrechter Gang ?
Körperbeherrschung beim Sport ?
Noch wichtiger ist,
sie setzt sich auch im Geiste fort.

Man erkennt sie
am Standpunkt und Verhalten.
Wirkliche Haltung
ist klar, begründbar und nicht gespalten.

Joachim Lenk, Freiberg
Februar 2006

Zum Nachdenken

Wer glaubt etwas zu sein, hat aufgehört etwas zu werden.

Sokrates

Die Menschen beurteilen alle Dinge nach dem Erfolg. Jeder sieht, was du scheinst, und nur wenige fühlen, was du bist.

Niccolo Machiavelli

Wir lieben jene Menschen, die frisch herausagen, was sie denken. Falls sie das gleiche denken wie wir...

Mark Twain

Wir trauern um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen

Gerhard Grimmer	aus	Hartha
Irmgard Schreiter	aus	Waldheim
Horst Widera	aus	Brand-E.
Hertha Wittig	aus	Oederan

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.